

Geberings Polizeistandal vor Gericht.

Die Verhandlungen gegen die Schupo-Beamten, welche in Fürstentum die Anklage der Verletzung der Arbeiterrechte wie bei den sonstigen Arbeitervereinigungen.

Dieser Prozess zeigt mit Deutlichkeit die tierische Verrohung von Schupo-Beamten, die durch systematisch Verfolgung gegen Arbeiter jedes menschliche Gefühl verloren haben. Der angeklagte Schupo-Beamte Dome, der schmutzige Prügel- und Messerheld, wird selbstverständlich von dem Sozialdemokraten Heine, dem Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, verteidigt!

Ein Zeuge nach dem anderen schildert das ekelregende Bild der Behandlung der Arbeiter auf den Straßen, auf der Wache und in den Zellen. Zuhende Arbeiter wurden auf der Wache blutig geschlagen, ihnen wurden die Haare abgeschnitten, sie wurden geprügelt, bis sie ohnmächtig wurden. Einzelne Arbeiter haben

acht Wochen nach der „Behandlung“ auf der Wache im Krankenhaus gelegen.

In der Sonnenabendverhandlung wurde unter anderen der Arbeiter Wichmann vernommen, der folgendes aus sagte: „Ich ging zufällig auf dem Wege nach Fürstentum spazieren, als ich angehalten und nach meinen Ausweisen gefragt wurde. Selbstverständlich hatte ich keine Ausweise bei mir und mußte mit zur Wache. Auf der Wache bekam ich von einem Mann, der in Zivil war (Dome), Ohrspeitgen. Als ich mir das verbat, sagten die Beamten zu mir:

„Du wirst hier noch mehr bekommen.“

Ich wurde nach dem Hinterzimmer transportiert und da sitzen die Beamten an, rüchlos auf mich einzuschlagen. Um mich zu schützen, stellte ich mich an die Wand, doch bekam ich gleich zwei Schläge mit den Fäusten gegen die Kinnbacken. Man zog an meinen Füßen, so daß ich umfiel, dann man weiter mit Gummihüpfeln auf mich los. Ein Beamter schnitt mir dabei die Haare ab, denn ich trug einen Scheitel.“

Diese Schilderung mittelalterlicher Methoden der Schupo ist nur eine von vielen. Ein anderer Arbeiter erzählte, daß er gezwungen wurde, mit seiner Jacke einen überlaufenden Wassereimer, der mit Urin gefüllt war, aufzutragen.

Sicherlich werden diese Horden, die Elite der Geberings-Polizei, mit lächerlich geringen Strafen davonkommen. Die Gerichtsverhandlung gibt ein erschütterndes Bild der moralischen Verworfenheit staatlicher Organe, denn der Polizeihauptmann Werther erklärte:

„Dome ist einer meiner eifrigsten, tüchtigsten und besten Beamten. Ich wünschte, daß alle meine Beamten so wären.“

Der Sozialdemokrat Heine, der kommunistische Arbeiter, die um ein Stückchen Brot kämpfen, auf 7, 8, 9 und 10 Jahre ins Zuchthaus gebracht hat, wird hier auf Freispruch plädieren. Ein furchtbares Sozialdemokratischer Verworfenheit kann es nicht geben. Gebt ihnen am 7. Dezember die Quittung!

Kriegspolitik und Erfüllungspolitik.

Die Sozialdemokratie hat so sehr aufgehört, eine Arbeiterpartei zu sein, daß sie den Unterschied zwischen Proletariern und Kapitalisten nicht mehr kennt. Sie spricht nur noch von „Franzosen“, mit denen wir uns verständigen müßten, und vergißt, daß es französische Kapitalisten und Proletarier gibt. Die Verständigung mit den französischen Proletariern erstreben wir Kommunisten ohne alle Hintergedanken. Die laßensiebsten französischen Proletarier verlangen von uns keine Tributzahlungen, Reparationen und Pfänder. Nur die französischen Kapitalisten, die die Regierungsmacht in der Hand haben, verlangen diese Leistungen.

Natürlich sind wir als Kommunisten Gegner der französischen Kapitalisten, ebenso wie aller Kapitalisten, auch der deutschen.

Die Böllischen sind Gegner der französischen Kapitalisten nicht weil es Kapitalisten, sondern weil es Konkurrenten der deutschen Kapitalisten sind.

Dieser Unterschied zwischen Kommunisten und Böllischen begreift jedes Kind. Auch die Sozialdemokratie begreift ihn, sie verdrängt ihn vor den Arbeitern, um eine ungeliebliche Freundschaft der Kommunisten mit den deutsch-böllischen vorzutäuschen.

Die deutschen Sozialdemokraten gingen im Krieg mit den bürgerlichen Parteien zusammen gegen das französische Volk vor. Jetzt gehen sie wiederum mit allen bürgerlichen Parteien bis zu den Deutschnationalen zusammen, die jetzt ebenso wie die Sozialdemokraten für den Dawesplan eintreten und unterstützen sich der Ententebourgeoisie. In beiden Fällen ging und geht die deutsche Sozialdemokratie mit dem überwiegenden und ausschlaggebenden Teil des deutschen Bürgertums zusammen.

Umgekehrt die Kommunisten. Im Kriege kämpften sie gegen den Krieg und gegen die deutsche Bourgeoisie, mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg an der Spitze. Jetzt kämpfen sie gegen den Ruhrkrieg und gegen die deutsche Bourgeoisie, die in ihrer überwiegenden Mehrheit, bis zu den Deutschnationalen, sich mit diesem Vertrag abgefunden hat und seine Opfer die Arbeiter anpflanzen wird.

Die Kommunisten sind ebenso laßensiebsten geblieben wie die Sozialdemokraten. Die einen im Klassenkampf, die anderen im Bündnis mit der Bourgeoisie, in der Aufgabe der Arbeiterinteressen.

Polizeihaß überall.

Nach der Freiburger Kommunistenprozesse steht im Zeichen von Überhebungen über Schupo-Beamten. Während dieser Tage haben wir ein Genosse, der nicht Wortes in einer Rede sagte: „Diese Jungs sind aufgebracht, was die Schupo unserer Genossen an den Straßen Fußab zu bewegen. Aber die Jungs unserer Partei sind in einer ungelieblichen Lage gegen die Schupo, die sie auf der Wache zu einem Schupo-Beamten

bergewaltig und geschloßlich misshandelt wurde.

Es hat der Beamte sagt und spricht in Wort Schupo-Beamten!

Andere Jungs behaupten sich über Verhandlungen und erzwangene Aussagen. Es ist bekannt, daß der Inhabhaber von Tuba, ein Sozialdemokrat (Krause) in der Prozess kommt an.

Die englischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer für den Bolschewismus.

Für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Der 6. Kongress der Gewerkschaften der Sowjetunion wurde am 11. November im Gewerkschaftshaus von Moskau feierlich eröffnet. Es waren anwesend 853 Delegierte, die 6½ Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. In seiner Eröffnungssprache begrüßte Genosse Tomski zunächst die Delegation der englischen Gewerkschaft, worauf sich stürmischer Beifall erhob und die Internationale angeklammert wurde. Es folgten Begrüßungsreden von Gschke, Simowjan, Kalkin, Dubiliter usw. Die Referate des Kongresses beschäftigen sich alle mit der Schaffung der gewerkschaftlichen Einheit zwischen der Umsterdamer und der roten Gewerkschaftsinternationale und betonten noch einmal die Notwendigkeit der Beschlüsse des 5. Weltkongresses über die gewerkschaftliche Einheit.

Von großer Wichtigkeit sind die Reden der englischen Delegierten der Umsterdamer-Internationale auf diesem Kongress. War es vor kurzem der Generalsekretär der Transportarbeiterinternationale, Edo Jimmen, der nach dem Studium der russischen Verhältnisse zu der Überzeugung gekommen war, daß die Lage der russischen Arbeiter und Bauern herbeidenswert und der Weg über die Diktatur des Proletariats der einzige richtige sei, so haben sich alle anwesenden englischen Delegierte auf dem Moskauer-Kongress in gleichem Sinn geäußert. Wir geben einige Stellen aus ihren Reden wieder:

A. Purcell, der sozialdemokratische Vorsitzende des englischen Bergarbeiterverbandes begrüßte den Kongress im Namen der englischen Gewerkschaft und beglückwünscht die russischen Arbeiter zu ihren Erfolgen. Er fährt fort:

„Die Veränderungen, die unser Leben jetzt zeigt, sind ganz gewaltig. Das Aussehen der Arbeiter, ihre Bekleidung, ihr Gesicht zeigen von dieser kolossalen Veränderung. Genossen, ihr habt eine große Arbeit verrichtet, ihr die Führer der Sowjetrepubliken, ihr, die Arbeiter der russischen Gewerkschaftsbewegung habt diese Arbeit im Interesse des Weltproletariats verrichtet. Es ist schwer, alles aufzuzählen, was ihr vollbracht habt. Möge uns

Amerongen oder Mostau?

Wer brachte den Kronprinzen von Amerongen nach Dels?

Die „republikanische“ deutsche Sozialdemokratie!

Wer wirft alle Mostauer Arbeiterführer als „lästige Ausländer“ aus Deutschland heraus?

Die „internationale“ deutsche Sozialdemokratie!

Bündnis mit Amerongen?

oder:

Bündnis mit Mostau?

Arbeiter entscheide am 7. Dezember!

Diese Kraft gegeben werden. Umwandlungen dieser Art in England zu erblicken.“

Der englische sozialdemokratische Gewerkschaftsdelegierte Ben Lillett beginnt seine Rede mit der Erinnerung an den großen Kämpfer Lenin. Er sagt folgendes:

„Lenin erscheint uns als der größte Mensch unserer Epoche. Sein Name wird leben, wenn der Name Cäsar vergessen sein wird. Er war der Führer der größten Revolution in der Weltgeschichte. Er verkörperte in seiner Person den Aufstand der Arbeiterklasse gegen die Sklaverei. Die Arbeiterklasse der Sowjetunion hat für die ganze Arbeiterklasse aller Länder Wesentliches getan.“ „Der Mittel bestand, daß die englischen Arbeiter dem Kampfweg der russischen Arbeiter zu folgen werden.“

Die ganze englische Delegation stimmte den Referaten unserer Genossen zu. Alle erklärten sich bereit für die Einheit der Gewerkschaften unter den Parolen des Klassenkampfes zu kämpfen.

Die Haltung der englischen Delegierten auf dem Moskauer Gewerkschaftskongress ist den weltgeschichtlichen Bedeutung für die gesamte Arbeiterbewegung. Berleumden die Referate Edo Jimmen als einen hervorragenden Mitarbeiter, so können sie das Falscherzustand, bei den Reden ihrer prominentesten und offenkundigen Führer der englischen sozialdemokratischen Gewerkschaftler nicht wiederholen und — laßensiebsten Fimmen, der Vorsitzende der Transportarbeiterinternationale, Purcell, der Vorsitzende der englischen Bergarbeiterverbände, sind Menschen, die nicht schlaßensiebsten mit einer Handbewegung abgetan werden können, ganz zu nicht die einzigen sind, die heute die Notwendigkeit der Einigung der Gewerkschaften auf revolutionärer Basis zusehen. Schon der Huller-Kongress der englischen Gewerkschaften forderte diese Einigung. Die bedeutendsten englischen Arbeiterführer streifen sie an, weil sie instinktiv, in der Erkenntnis des reformistischen Betrübs, eingesehen haben, daß eine Einigung mit dem laßensiebsten Sowjetland und mit der ganzen roten Gewerkschaftsinternationale notwendig werden muß. Solange bisher die deutschen reformistischen Gewerkschaftler, daß Edo Jimmen nicht im Auftrage einer Organisation nach Moskau gefahren sei, so wissen sie jetzt einsehen, daß der Wunsch der englischen Gewerkschaften tatsächlich die Einigung mit der roten Internationale ist.

Die nachstehende Examinis in den englischen Gewerkschaften über die Richtigkeit des Weges der russischen Revolution, gibt uns die Gewißheit, daß die Bereinigung der Gewerkschaften nicht eine Einigung um jeden Preis, sondern eine Einigung sein wird, deren Ziel und Resultat der Weltrevolution ist.

Die Spieler auf dem Märkte.

Aus Paris wird gemeldet, daß der Ausbruch der spanischen Empörung keine Fortsetzung kennt, nachdem in heißen Kämpfen der General Franco sich vollständig geschlagen wurde. General Franco ist nicht verwundet.

Ebert und Scheidemann für Krieg gegen Sowjet-Rußland.

In der Berliner Abendzeitung „Republik“ plaudert Emil Barth, jetziger Sozialdemokrat, früher unabhängiger „Revolutionärsmacher“ und Volksbeauftragter in einem Nebenartikel über den 9. November aus der Schule. Er erzählt über die Politik der Mehrheitssozialisten, Ebert und Scheidemann im Dezember 1918.

„Am ehesten die nationalräusslich eingestellten Kreise für ihr Verfehlen zu gewinnen wurde uns zugemutet, am 26. Dezember ein militärisches Bündnis mit Polen abzuschließen und den Krieg gegen Sowjetrußland an eben dieses Polen den Krieg zu erklären.“

„Also: Ebert und Scheidemann wollten im Dezember 1918 gemeinsam mit Polen in den Krieg gegen Sowjetrußland ziehen — der äußere Plan ist nur daran gescheitert, daß sie von den Polen einen Zutritt bekamen und nun mit Polen einen Krieg beginnen wollten.“

Die Regierungspolitik der Sozialdemokraten war von Anfang an feindlich gegen Sowjetrußland gerichtet.

Nach dem 9. November wies die Regierung des Prinzen Max von Baden, in der die Sozialdemokraten Bauer und Scheidemann saßen, den russischen Botschafter Toffe aus.

Nach dem 9. November schloß Mehrheitssozialisten und Unabhängige die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland ab, um Wilson und die Entente nicht zu reizen.

Winnig, damals Sozialdemokrat in Amt und Würden, rüßte die Balkanunion aus.

Die Enthüllungen Barths zeigen ein wichtiges Stück in der Rette. Ebert und Scheidemann, die Sozialdemokraten, die damals den pazifistischen Willenslustus machten, wollten die Gnade der Entente für den besiegten deutschen Imperialismus dadurch erlangen, daß sie sich als ihre Schergen gegen Sowjetrußland anboten.

Diese Enthüllungen haben heute aktuellen Wert. Der Dawesplan der Deutschland zur Kolonie, den deutschen Arbeiter zum Ruß macht, soll gleichzeitig Deutschland in ein Ulfmalgebiet der internationalen Konterrevolution gegen Sowjetrußland verwandeln.

Der Beitritt Deutschlands zum Völkerverbund macht es ihm zur Pflicht, bei etwaigen Interventionskriegen gegen Sowjetrußland Kanonenfutter für den Weltkapitalismus zu liefern. Die Georgienbege der Sozialdemokratie zeigt, daß sie heute ebenso zu der schmutzigen Schergenrolle gegen das Land der streitenden proletarischen Revolution bereit ist wie vor sechs Jahren. Unter der Maske des Pazifismus werden die Ketten für neue Kriege der internationalen Konterrevolution gegen Sowjetrußland gelegt.

Arbeiter! Ihr müßt diese schmutzigen Pläne vereiteln!

Demonstriert am Wahltag durch die Abgabe eurer Stimmen für die Kommunistische Partei, für die Verbände und der deutschen und russischen Arbeiterklasse, gegen die Angriffspläne der Imperialisten und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer auf Sowjetrußland!

Die Verhaftung des Genossen Schulz, das Wert der Sozialdemokratie. Sie haben es vollbracht.

Nachdem die „Schlesische Bergwacht“ wochenlang eine gemeine herkömmliche Hebe gegen unseren Genossen Richard Schulz, Eitersbach, getrieben hatte, schloß sie jetzt die schlesische politische Polizei stark und verhaftete unseren Spitzenkandidaten zum preussischen Landtag. Die Waldenburger sozialdemokratische Führer hat bei Genossen Schulz erreicht, was sie erreichen wollten. Er ist unschuldig gemacht. Er war ihr besonders unbequem, denn er ist ein Arbeiter, den wir Kommunisten an die erste Stelle für das preussische Parlament gestellt haben. Arbeiter Waldenburgs, Arbeiter Schlesens! Protestiert gegen diese neue Schmach, die euch treffen soll, denn er ist einer der Ourigen! Fragt die sozialdemokratischen Arbeiter in den Versammlungen, in den Betrieben, ob das keine Klassenjustiz, keine Wahlbehinderung ist. Fragt sie ob sie mit diesem Erfolg der Sozialdemokratie zufrieden sind.

Ungehörter Wahlerror.

In der in sieben stattgefundenen öffentlichen SPD-Versammlung sollte unser Genosse Kach sprechen. Schon den ganzen Tag suchten gefürchtete sieben Kriminalbeamten den Genossen Kach in allen Ecken und Enden von Sieben. Als unser Genosse Kach die Rede begann betrat, führten die sieben Kriminalbeamten auf ihn los und forderten seine Papiere. Kach reingefallen. In der Diskussion sprach der Genosse Ehrlich. Auch er mußte sich ergeben. Wiederum reingefallen. Die Versammlung war ein durchschlagender Erfolg, denn die Anwesenden konnten sich von dem Wahlerror gegen die SPD überzeugen.

Bürgerlicher Klecker der sächsischen Gewerkschaftsbürokratie.

(Eigener Drahtbericht)

Dresden, 21. November.

Der Bezirksauschuss Sachsen des ADGB, hatte nach Dresden eine Versammlung der Gewerkschaftsfunktionäre einberufen. Die zu einer Kundgebung für die sächsische Koalitionsregierung ausgestaltet wurde. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre sprachen den 23 Abgeordneten, die gegen die Auflösung des Landtages gestimmt hatten, ihr Vertrauen aus.

Während die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammengehen mit der Reaktion vorwerfen, verhindern sie selbst mit allen Mitteln die Sprengung der Koalition der SPD mit der Deutschen Volkspartei, die noch immer in Sachsen besteht. Wie immer ist die Gewerkschaftsbürokratie die feste Stütze der rechten SPD.

Schon heute ist es offensichtlich, daß der sogenannte links sozialdemokratische Flügel umkippen, vor dem rechten Kapitalisten wird. Denn man kann nicht gegen die Koalition mit der Deutschen Volkspartei kämpfen, wenn man für die rechte Koalition, für das Bündnis mit Zentrum und Demokraten ist, die sich grundsätzlich nicht von der Deutschen Volkspartei unterscheiden. Entweder Klassenkampf oder Koalitionspolitik, entweder SPD, der SPD, ob „rechter“ oder „linker“ Flügel, so steht die Frage.

Anschlag auf General Gad.

Goslow, 20. November.

Auf dem englischen General Gad wurde in Ägypten ein Attentat verübt. Der General ist schwer verwundet. Dieser Anschlag ist eine Folge der drakonischen Herrschaft der Engländer in Ägypten. Wie verlautet, wollen die Engländer die Unabhängigkeitserklärung Ägyptens aufheben und damit einen Schritt in die Richtung des Völkerverbundes, dem erstens besteht in Ägypten keine Unabhängigkeit und zweitens würde dieser Schritt eine ungeheure Empörung heraufbeschwören.

Das Reichentum

des Schweigens deut die schlesische Sozialdemokratie über die 24 000 Eisenbahnerfamilien, die nach dem Dawesgesetz dem Hungertode der Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden sollen. Außer der „Schlesischen Bergwacht“, die vier Zeilen darüber schrieb hat noch keine schlesische sozialdemokratische Zeitung eine einzige Zeile darüber berichtet! Der Bericht dieser nackten Tatsache würde zu schroff das Augenmerk vom „Dawesfrieden“ und „Lohnwuchsthand“ zerstreuen.

Eisenbahner Schließens, Arbeiter Schließens, das ist das wahre Gesicht des amerikanisch-englischen Kapitals, dessen Hilfe auch die Sozialdemokraten versprochen haben. Nicht billige Kredite, nicht Wiederaufbau der Volkswirtschaft, nicht Vollbeschäftigung der Industrie, sondern neuen Hunger und neue Arbeitslosigkeit bringt auch der Dawespaß.

Darum fort mit dem Sklavenvertrag und seinen Beschwörern!

Fort mit der Lügenpartei der SPD!

Am 7. Dezember alle Stämme den Kommunisten!

Geedl, der Vertrauensmann Friß Eberts, der kommende Diktator.

Der Umfall der Deutschnationalen bei der Abstimmung über den Dawesplan rief anfangs große Empörung in den Mitgliederkreisen der Deutschnationalen Partei hervor. Zur Beruhigung der Mitglieder mußte damals, am 29. August Dr. Quatz in einer Funktionärversammlung verschiedene aus der Sache zu erklärende. Wir erfahren darüber folgende interessante Einzelheiten:

General von Geedl hat in diesem Sinne — wie Sie das Nähere sehr leicht begreifen können — versucht auf die Entschleunigung der Deutschnationalen Volkspartei hinzuwirken. Wir haben mit allem Ernst, davon dürfen Sie versichert sein die Darlegungen und positiven Ausführungen des Herrn Generals von Geedl entgegengenommen. Wir hatten von Herrn von Geedl außerordentlich viel und wir wissen positiv, daß Herr von Geedl zur Lösung der inneren Frage die nationale Diktatur anzunehmen bereit ist. Jedoch ist, wie Sie sehr wohl begreifen werden, zurzeit in diesem Augenblick eine Reichswehrdiktatur noch (!) unmöglich. Die Ansicht des Herrn von Geedl über diesen Punkt stimmt vollkommen mit der unsrigen überein.

*

Dieser Plan ist nichts anderes als das, was die Bourgeoisie im Oktober vorigen Jahres mit Hilfe der Sozialdemokratie tatsächlich ausführte. Er führt seitdem, nach der „Beruhigung“ des Volkes, die in einem kräftigen Überlauf bestand, die Diktatur der Reichswehr in einer etwas verbesserten Form durch, erstreckt aber nach wie vor die offene, unüberhüllte Form der nationalen Diktatur. Der Reichswehrgeneral Geedl, dessen künftige Diktatorenrolle bekanntlich schon im letzten Herbst in den Kreisen der eigentlichen Macher der kapitalistischen Konterrevolution proklamiert wurde, ist der Vertrauensmann des Sozialdemokraten Ebert einerseits, der Deutschnationalen andererseits. Als Inhaber des militärischen Machtinstrumentes ist er sozusagen der natürliche Knotenpunkt zwischen der sogenannten „demokratischen“ Herrschaft und der deutsch-national-schwerindustriellen „echten“ Diktatur. Wir werden auf die Geedlsche „Patentlösung“ noch zu sprechen kommen.

Es kennzeichnet die gesamte Sozialdemokratie und die gesamte „Demokratie“, daß diese nationalen Diktatoren die Hauptstütze der sogenannten „Republik“ sind.

Die Belehrtten.

Die „Vollmacht“ bezeichnet unsere Wortführer gegen General Däumling, den Reichsbannerführer, als unberühmt. Dem Däumling habe sich unter dem Eindruck des Weltkrieges „belehrt“. Diese Belehrtung wird ähnlich wie die „Belehrung“ aller Monarchisten Deutschlands am 9. November 1918 zur Republik. Wenn sich heute der Deutsche Kaiser zur Republik und zum Frieden bekennen wollte, das würde genau so lächerlich wirken, wie das Bekennen dieses Generals über den wir einige sozialdemokratische Urteile veröffentlicht haben und weitere veröffentlicht werden.

Die SPD ein Anhängsel der bürgerl. Demokratie.

Das ist das Urteil der Bourgeoisie.

Die Sozialdemokratische Partei hat sich sehr geändert. Wollte man nicht auf die Mitgliederzahlen, sondern auf die Gedanken und das praktische Verhalten sehen, dann könnte man wahrlich mit mehr Recht sagen, daß die Sozialdemokratie ein Anhängsel der bürgerlichen Demokratie geworden sei. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 852)

Die SPD. Geiner Majestät des Königs.

Sechs Jahre lang haben sozialdemokratische Minister, von Südekum bis zu Gebering, Stering und Braun den Hohenzollern Milliardenwerte in den unerfüllten Nachen geworfen.

Sechs Jahre lang schweig die gesamte deutsche Sozialdemokratie einschließlich ihrer schlesischen Parteigenossen zu diesem Skandal.

Er geht vor der Wahl, wo die Reichstags- und Landtagsmandate in Gefahr sind, zieht die SPD die Hohenzollernwalze auf.

Die schlesische SPD-Presse wandte sich vor einer Woche in einem Artikel über die Hohenzollernabfindung gegen die Vorwürfe der Deutschnationalen aber sie umging wie die Rage den heißen Bret das ganz konkrete, mit amtlichen Ziffern belegte Anlagematerial der Kommunisten. Worin bestand unser Anlagematerial? Wir haben in unserem Artikel vom 14. November in der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ beschuldigt:

Den Sozialdemokraten Südekum,

daß er am 27. Januar 1920 210 000 Morgen deutschen Landes den Hohenzollern angeboten hat;

die SPDer Südekum, Hirsch, Ströbel, Braun, Hoffmann, Rosenfeld, Simon,

daß sie „angemessene Beträge“, nämlich allein bis zum Jahre 1919 60 Millionen Mark den Hohenzollern gaben;

die SPDer Gebering, Stering und Braun

daß sie als Minister der preussischen Koalitionsregierung dulden, daß Jahr für Jahr weitere Millionen Goldmark und Zehntausende von Hektar deutschen Landes den Hohenzollern ausgeliefert werden;

Die gesamte Sozialdemokratische Partei,

daß sie die sogenannten „republikanischen“ Richter alle Forderungen der Hohenzollern zugunsten Wilhelms, zugunsten des Staates entscheiden läßt, anstatt den revolutionären Weg der entschädigungslosen Konfiskation des Hohenzollernbesitzes zu beschreiten.

Was entgegnet die SPD. auf nähere Anfragen?

Nichts!

Sie entschuldigt sich einzig und allein damit, daß sie Südekum zwar nicht aus der Partei herausgeworfen (wer wird denn bald so radikal sein, wo doch Südekum nur 210 000 Morgen deutschen Landes den Hohenzollern geben wollte!) aber ihn nicht mehr als Reichstags- oder Landtagskandidaten ausgestellt habe.

Aber es handelt sich nicht nur um Südekum, sondern um sämtliche sozialdemokratischen Minister, deren es einige Duzend gibt, es handelt sich um die gesamte deutsche Sozialdemokratie. Denn die gesamte SPD betreibt heute noch dieselbe Politik wie sie 1919 Südekum betrieben hat.

Die Denkschrift der Preussischen Regierung vom Juni 1924 die am 2. September dem Landtage vorgelegt wurde, gibt offen an:

„Der ordentliche Rechtsweg bietet dem kormaligen Königsstaats aus dem Verfall, daß die Verträge in dem an sich berechtigten Streben (!!) den Bestehen nach Möglichkeit zu erhalten, erahnungsgemäß geneigt sind, der Aufgabe langjähriger Besitzes besondere Bedeutung beizumessen.“

Was bedeuten diese Worte?

1. Die Preussische Regierung, in der drei Sozialdemokraten Minister sind, hält das Bestehen der Richter, den Hohenzollern alle Forderungen zu bewilligen, für „an sich berechtigt“. Von einer solchen Regierung kann man natürlich keinen ernsthaften Kampf gegen die Hohenzollernschen Ansprüche erwarten.

2. Die Richter der deutschen Republik sind alleamt Monarchisten. Und diese Männer sollen die Republik schliken!

3. Bei Verschleiten des Rechtsweges werden alle Forderungen der Hohenzollern bewilligt werden. Wer also den Rechtsweg beschreitet kapituliert vor vornherein vor den Hohenzollern. Wer gegen das ehemalige Königs haus prozessiert, der führt nur einen Schein Kampf, der belügt die Massen, der weiß, daß die Hohenzollern alle Forderungen vom Gericht bewilligt bekommen.

Der „Kampf“ der SPD gegen die Entschädigung der Hohenzollern ist daher ein ungeheurer Volksbetrug.

*
Einiges weitere Material soll das Verhalten der Sozialdemokratie kennzeichnen.

Wer verwaltete den „beschlagnahmen“ Hohenzollernbesitz?

In der amtlichen Denkschrift der Preussischen Regierung lesen wir die Antwort:

Der letzte Minister des königlichen Hauses, Graf Eulenbarg und die ehemals königlichen Hofämter.

Der gesamte ehemals königliche Hofbeamtenstab wurde von der sogenannten deutschen „Republik“ als Staatsbeamte übernommen und in seinen Funktionen auf den Gütern der Hohenzollern belassen.

Kein einziger republikanischer Beamter wurde als Kontroll- und Verwaltungsinstanz eingesetzt.

Kein einziger Republikaner übermachte die Verschlebung des deutschen Volksvermögens aus dem geraubten Hohenzollernbesitz nach Amerongen.

Kein einziger Republikaner prüfte die angeblich so geringen Einkünfte der Hohenzollern nach.

Eine solche „Beschlagnahme“ ist ein elendes Komödientpiel.

Sie ist der sichere Vorbote der kommenden Auslieferung des beschlagnahmen Vermögens an seinen Besitzer.

Die amtliche Denkschrift bestätigt das. In ihr heißt es auf Seite 4:

„Das Finanzministerium verwaltete das beschlagnahmen Vermögen unter möglichst schonender Wahrung der Interessen (!!) Interessen des ehemaligen Königsstaats.“

Die Interessen der Erwerbslosen, der Kleinrentner, der Sozialrentner, der Kriegsbeschädigten und ihrer Hinterbliebenen, die Interessen der Millionen Wertlosen, die sind nicht berechtigt. Da gibt es keine „schonende Wahrung“. Da werden alle Anträge der Kommunisten zur Besserung ihrer Lage von den bürgerlichen Parteien mitamt der SPD als „Agitationsphrasen“ abgelehnt.

Wenn aber der vertriebene König, der Hauptkriegsbeher, der Mörder von zwei Millionen Deutschen im Weltkrieg, der größte Großgrundbesitzer, einer der reichsten Kapitalisten Deutschlands keine größtmöglichen Ansprüche an die sogenannte „Republik“ stellt dann — sind seine Interessen „berechtigt“, dann „wahr“, man möglichst „schonend“ seine Raubtier- und Heugierinteressen.

Proletariat, das ist die deutsche Republik, wie sie leidet und lebt, das sind ihre Sozialdemokraten, die sich nur mit dem Maul von den Deutschnationalen unterscheiden, aber in Wirklichkeit dieselbe arbeiterteindliche, reaktionäre, monarchistenfreundliche Politik treiben.

Fort mit diesem Monarchistenpaß von der SPD. bis zu den Deutschnationalen! Nur der Partei der Unterdrückten, Betrogenen, Ausgebeuteten, der SPD, gehört die Stimme des Proletariats!

Verschwoerer und Revolutionäre

Tagebuchaufzeichnungen von M. Kaniowski
Copyright by Neerer Deutscher Verlag, Berlin

341
Eines Tages hörte ich ein Geräusch an der Tür, ich sah mit dem Rücken zu ihr und dachte nicht daran, mich umzudrehen, um den Anblick des starrenden Auges zu vermeiden. Es schien mir, daß die Schritte sich schon entfernt hatten, als ich ein Klüstern hinter mir vernahm.

„Michael Otkowianow! Ich! Mein lieber Herr Kaniowski!“
Unwillkürlich drehte ich mich um: hinter der Tür lagte jemand auf.

„Ein alter Bekannter! Gut Freund, das Herz hat's gleich gefühlt. Auf Wiedersehen!“

Am nächsten Tage wurde ich in die Karzari geführt. Am Tisch saß der Staatsanwalt und ein Offizier in Uniform. Sein Gesicht kam mir bekannt vor, ich mußte es irgendwo schon gesehen haben.

„Erkennen Sie mich nicht wieder, mein Herr?“ sagte der letztere. „Nun, nun, damals kamen wir nichts zusammen, ich war auch nicht in Uniform. Und die Jahre eilen, Michael Otkowianowich, sehen Sie, mein Kopf wird kahl. Damals haben Sie uns ohne Abschied verlassen. Ich habe gerade mit dem Herrn Staatsanwalt Ihren Biß bewundert, die reine Satire: so im Mantel eines Schwablers, der Beziehungen auf dem Gewissen hatte, zu verschwinden! Hat hal! Ganz wie bei Bogol.“

„Sie sprechen meinen Namen ganz richtig aus“, sagte ich. „Ich heiße in der Tat Michael Otkowianowich Kaniowski.“

„Es ist mir eine Freude mit einem klugen Menschen sprechen zu können“, sagte der Gendarm. „Ich hatte immer für Sie eine besondere Hochachtung. Daß Sie so Ihre

Vorurteile sind und dabei doch ein polnischer Adliger, ein Aristokrat. Wir haben im heraldischen Verzeichnis nachgesehen: Senatoren waren Sie in Ihrer Familie! nicht zu zählen! Und trotzdem mit russischen Sozialisten zusammen, oder mit der Kommune, mein lieber Herr! Ich begreife ja die Verzweiflung einer Stadt, die bombardiert wird.“

„Plötzlich wurde es mir klar.“
„Sie sahen damals in Zürich in dem Wagen!“, rief ich. „Ganz sicher. Ich erkenne Ihre Stimme: alles plus bitte, plus bitte! Das waren Sie!“

„Er lächelte ruhig weiter.“
„Ich hätte gar nicht geglaubt, daß wir damals so dicht aneinander vorbeigekommen waren. Ich wunderte mich sogar sehr, wie Sie mit Michajeff zu tun haben?“

„Und doch wollten Sie auch mich ausgeliefert bekommen als seinen Mithschuldigen.“

„Das ist ja ganz was anderes, Verehrtester! Von Michajeff sprechen wir nicht mehr! Was ist Michajeff? So ein Bolschewiki z. B. ist eine ganz andere Sache.“

„Ich hatte genug.“
„Herr Staatsanwalt!“ sagte ich. „Ich bitte in das Protokoll aufzunehmen, daß ich Michael Otkowianowich Kaniowski heiße, siebenundzwanzig Jahre alt bin und weder Staatsdienst zu machen noch Ihre Fragen zu beantworten gedenke.“

Der Gendarm nickte die Laune.
„Das ist ganz falsch von Ihnen. Ich wollte Ihnen gerade eine unerwartete Nachricht geben. Sie wissen, mein Herr, in Laila.“

„Ich mußte laut lachen. Der Gendarm sprang auf. „Er war dabei!“, rief er dem Staatsanwalt zu. „Ich habe es Ihnen gleich gesagt. Er war dabei!“

„Ich wurde wieder abgeführt.“

Am nächsten Tage brachte man mir einen Fragebogen. Es war ersichtlich, daß die Regierung bemüht war, einer ihr vollständig unverständlichen Bewegung den Charakter einer Verschwörung zu geben. Dabei war Rußland mit kleinen Gruppen wie mit einem Netz überzogen, aber diese Gruppen waren selbständig und standen miteinander nur in einem lockeren Zusammenhang. Aber es ist klar, daß eine zaristische Regierung nun und nimmer zugegeben hätte, daß in ganz

Rußland das Gewissen des Volkes am Erwachen war, und zwar spontan an allen Orten gleichzeitig. Aber wir brauchen uns nicht über die russischen Beamten zu wundern, wenn selbst der westliche europäische Bürger nicht inständig ist, zu bestehen, daß man gegen die gegenwärtige Gesellschaft revoltieren kann.

„Es war ungefähr am dritten Abend meiner Haft, als ich bei einem Verhör mit einem jungen, eleganten Staatsanwaltschaftsbeamten in Wortwechsel kam, nachdem ich mich darüber beschwert hatte, daß man mir nicht einmal erlaube, Bücher zu lesen.“

„Uns gegenüber ist eben alles erlaubt und jedes Mittel recht!“, sagte ich erregt.

„Sie irren sich!“, antwortete der junge Beamte. „Nein, Sie irren sich!“, sagte ich. „Sie glauben hier eine kulturelle Aufgabe zu lösen, und beschützen lediglich die Gewalt, helfen der Regierung, Leute langsam umzubringen, in denen das Gewissen erwacht ist. Jeder Tag länger, an dem dieses System am Leben ist, ist ein Verbrechen. Aber Sie denken nur daran Karriere zu machen, eine Familie zu gründen und Kinder zu erziehen, und alles nur auf Kosten fremden Glendes. Wie viele werden Sie noch umbringen, bis Sie am Ziel angelangt sind?“

„Schweigen!“, brüllte der antwortende Genbarmerieitmeister.

„Ich bitte Sie, nicht die Stimme zu erheben!“, sagte ich müde. „Dies ist der einzige Ort, wo man in Rußland frei reden darf. Was wollen Sie mir tun? Ihr könnt eben den Anblick eines Menschen nicht ertragen, der euch verachtet.“

„Ich wurde ohnmächtig.“

Als ich erwachte, befand ich mich in einer dunklen Zelle. Man hielt mich eine Woche darin. Danach kam ich in eine neue Zelle, sobald ich sie betreten hatte, vernahm ich Klopfgeräusche.

„Wer da?“

„Ich klopfte meinen Namen. Ich war noch nicht fertig, als ich unterbrochen wurde.“

„Scherno.“

„Ich antwortete, indem ich ihn unterbrach.“

„Ja schla.“

„Ja!“, schnell und kurz. (Fortsetzung folgt.)

Der Mai-Juni-Streit in der Öffentlichkeit

Die erste Antwort an Herrn Franz

Jeder Feigling rächt sich an seinen Gegnern in dem Momente, wo derselbe genebelt und gefesselt am Boden liegt. Das ist es, was auch Herr Franz vom Bergarbeiterverband. Weil die kommunistische Zeitung für Ober-schlesien durch den Streik der Breslauer Buchbinder nicht erschienen konnte, benutzte Herr Franz diesen Augenblick, um dem gefesselten Feigling als aller Feigling einen Feigling zu verleihen. Doch auch Herr Franz soll sofort, sobald es die Gelegenheit ermöglicht, seine Antwort bekommen. Und zwar sprechen nicht wir allein, sondern lassen den von Herrn Franz titulierten Verbrecher Wrobel, den ehemaligen Adjutanten von Franz reden:

Offener Brief

des früheren Betriebsrats Wrobel, Hohenzollerngrube, an den Bergarbeitersekretär Franz und die ober-schlesischen Arbeiter!

Die Wahrheit über den Streik

Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelreich. Unter diesem Wahlspruch möge von jetzt ab das „Sindenburgische Volksblatt“ erscheinen, denn mit der Annahme, daß der Wechsel in der Schristführung bessere Geistesprodukteutage bringen wird, hat man eine Enttäuschung erlebt. Es ist Alles schon mal dagewesen — mit diesen Worten trage ich meine Hoffnungen zu Grabe.

Wenn jedoch ein Franz glaubt, nur diesem Blatt seine eheinsten Gedanken und Pläne anvertrauen zu dürfen, in der Annahme gläubiger Leser zu finden, so sollen diese Zeilen dazu beitragen, endgültig mal dem Schmutz und dem Unrat, mit dem gegen mich gearbeitet wird, entgegenzutreten. Nicht in der Dornröschen, den moralisch vollwertige Sozialisten und Gewerkschaftsführer anguschlagen belieben — nein, ich als früherer Verbrecher habe noch etwas Reinaltlichkeitsgefühl in mir, das mir verbietet, moralisch auf derselben Stufe zu stehen, wie der Artikelsschreiber des „Volksblattes“. Aber rüchloslos (wie es eben nur ein Verbrecher sein kann), will ich der ober-schlesischen Arbeiterchaft das sagen, was sie wissen muß.

Ja, Julius Franz, es stimmt, ich habe Verbrechen begangen. Mit 20 Jahren hat mich die Klassenjustiz ins Zuchthaus geschickt. Diese Strafe hatte zur Folge, daß ich jahrelang ober-schlesien den Rücken kehren mußte. Aber eins will ich dir (du du huchstbar neugierig bist), verraten. Ich habe in meinem Leben gelernt, und zwar eine Kunst gelernt, die einfach und doch huchstbar schwer ist, nämlich hochbegabigen Kreaturen die Nase vom Gesicht zu reißen.

Wenn außerdem in Artikel vom 3. November da eine Artigt jämmerlich feige Haltung einnimmt, so kam der Bergarbeiterverband auf dich stolz sein. Den Versuch überlasse ich dir, ihr Urteil sich selbst zu bilden. Unparteiisch, wie auch ich unparteiisch für die Wahrheit kämpfe (Amm. d. Red.). Wir können diese Ausführungen bloß unterstreichen, da uns Herr Franz auch nicht in anderer Form bekannt ist.)

Zur Sache:

Was veranlaßt mich, ein Buch zu schreiben mit dem Titel: Die Wahrheit über den Mai-Juni-Streit?

Wie die gewerkschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hier in Oberschlesien vor dem Streik lagen, war den Eingeweihten klar, klar war ihm auch die Erkenntnis, daß im Kampf zwischen Arbeit und Kapital zu einem Machtkampf wird, wie ihn Oberschlesien noch nie gesehen hat und in dem alle, die auf vorgeschobenen Posten stehen, will und ganz ihre Pflicht zu werden müssen, um diesen Kampf erfolgreich zu beenden. Früherlich würde eine Niederlage sich auswirken, dessen waren wir uns alle bewußt. In den heutigen Verhältnissen, die auf einzelnen Gruben und Hütten herrschen, sehen wir die eine Ursache, daß der Zusammenbruch der ober-schlesischen Arbeiterchaft im Juni d. J. uns in Zustände brachte, wie sie trauffer nirgends auf der Erde in Erscheinung treten. Wer sind die Schuldigen, die maßlos die uns anfernen Schicksal überließen, die bestrüht und mit Absicht aus der uns betroffenen Tragödie ein Schauspiel machten? — Antwort:

In erster Linie die sozialdemokratischen Führer der freien Gewerkschaften. Es ist kein Kommunist, der hier spricht, keine Verächtlichung ohne Beweis, hübsch in der Reihe, eins nach dem anderen will ich hier vorlesen und freuen würde es mich, von den hier genannten Personen vor den Radii zurück zu werden; auch die bürgerliche Justiz würde mit dem Traumbild verfahren, mit Recht den Vorwurf des Betruges, absichtlichen Betruges ihnen, d. h. den Sozialdemokraten machen zu dürfen.

Als in der letzten Streikwoche wir in Oberschlesien und von allen anderen Revieren verlassen lagen, erließ in mir der Gedanke, in den Gewerkschaftsführern eheliche, offene Kämpfer zu sehen, den ersten Streik. Beemüht wurde derselbe durch eine Unterredung, die ich mit Franz am Donnerstag, den 3. Juni vornahm. Derselbe Mann, der einige Tage vorher in einem Flugblatt denart scharfe Angriffe gegen die Arbeitgeber richtete, erklärte mir am nämlichen Tage: Kammer dich mal nicht Wrobel, ich werde mit dem alten Hübner (gemeint ist der Direktor der Hohenzollerngrube) sprechen, und du kommst in den Betrieb zurück.

Hier ist etwas nicht bisher, das war sofort mein erster Gedanke. Und als ich Franz erwiderte: was ich getan habe, will ich voll und ganz verantworten, war keine dem der Schweinerer macht, da ich sag: er.

In demselben Tage vormittags war ich im Gewerkschaftshaus des Bergarbeitersekretär Kraymel. Ich teilte ihm meine Überlegungen über Franz mit (gemeint sind hier die Betrügler und das schlechte Spiel von Franz), und Kraymel, der angeblich war, erklärte mir wörtlich folgendes: Wrobel, wir haben heute Abend Arbeitgemeinschaftsversammlung, ich werde Franz einiges offen sagen zu bekennen. Zeit er es nicht, dann sage ich mit dir morgen nach Berlin und dort werde ich der führenden Arbeiterchaft, die auch am besten Recht haben, was für Schweinerer und Betrügler in den Bergarbeiterverband vor sich gehen (Hört, hört! Amm. d. Red.) und ohne Wrobel muß der Herr Franz aus Hindenburg ausweichen. Dafür würde ich sorgen.

Auf meine Antwort, daß auch ich gewillt war, mich zu zeigen, kamen demgegenüber, der dieses Verbrechen an der Arbeiterchaft Oberschlesien verübt, meinten wir uns. Ich mußte jedoch am Tag danach die Wahrnehmung machen, daß Franz, obwohl nur aus dem Wege ging. Am Donnerstag, den 7. Juni, als der Streik liquidiert wurde, erließ ich die Verurteilung, daß gerade dieser Mann, der einige Tage vorher, der einen Franz in seinen Angriffen gegen Hütten und SPD. die höchsten Ehren gab. — Darum diese Einverständigung, Franz Kraymel, was in gütlicher und vergütlicher, daß die Arbeiterchaft die nicht, was die im Juni d. J. am Donnerstag zu als Arbeitsgemeinschaft abhielt. Warum betüchtelt du die mit dem Namen Franz? Sprich an der Wahrheit! — Als Beweis werde ich zeigen dir alles.

Am 7. Juni d. J. wurde die Wahrheit über den Streik in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. In diesem Sinne, wie ich es mit dem Namen Franz? Sprich an der Wahrheit! — Als Beweis werde ich zeigen dir alles.

Die Notlage der Arbeiter im Waldenburger Industriegebiet

Da den Grubengewaltigen im Waldenburger Industriegebiet die Arbeitzeit zu verlängern nicht gelungen ist, sind diese dazu übergegangen, auf den einzelnen Schichtanlagen die Bedingungen aufzutreiben. Die Grubengewaltigen gehen mit einem sehr schlaun Ziel vor. Bekanntlich soll am 10. Dezember (also nach den Wahlen) ein neues Schiedsgericht den sehr tariflosen Zustand beendigen. Die Unternehmer wissen sehr genau, daß im Monat November die Bergarbeiter ihre ganze noch verfügbare Kraft einsetzen werden, um einen vernünftigen Weihnachtshohntag nach Hause zu tragen. Es ergibt sich, daß neuerdings die schon jetzt auf äußerste geheizte Leistung erhöht wird. Das neue Schiedsgericht wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Verlängerung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde bringen. Man wird auch hier mit Leistungssteigerung als Vorwand kommen. Die Grubengewaltigen versuchen also mit allen Mitteln, ihren Profit zu erhalten, trotz Abkürzung und Damesgutachten. Daß die Einkünfte der Grubengewaltigen keine geringen sind, beweist, daß a. B. ein Aufsichtsratsmitglied des ober-schlesischen Kohlen- und Koksbergwerks jährlich 30 000 Mark erhält. Diefem Komplex gehören bekanntlich die Fuchsrube, Schöpsche Kohlen- und Kokswerke, Segen-Dottes- und Dabirube, sowie verschiedene aus-nichtige Anlagen. Unter den Arbeitern dieser Schichtanlagen gibt es jedoch sehr viele Familien, die bei den Kaufleuten bis 200 Mark Schulden belihen und nicht wissen, wie sie diese Schulden jemals bezahlen sollen. Das gesamte Lebensniveau der Arbeiter steht auf einer derartig niedrigen Stufe, daß diese Verhältnisse einer Katastrophe zutreiben müssen. Eine vor kurzem stattgefundene schulärztliche Untersuchung der evangelischen Schule in Nieder-schlesien ergab, daß von 277 Kindern ganze 27 als gesund zu bezeichnen waren. Die Wohnungsverhältnisse sind ebenfalls die Schrecklichsten.

Sollen diese Verhältnisse so weiter treiben? Sie miserablen Löhne der Bergarbeiter, haben auch ihre Rückwirkung auf die anderen Berufe. Die Beamten sind bereits in ihrer Substanz bis auf B und S zurückerkehrt worden. Die Unternehmer der Porzellanindustrie, Metall- und Baugewerbe nehmen sich die schlechten Löhne der Bergarbeiter zum Vorbild bei ihren Verhandlungen.

Im nieder-schlesischen Industriegebiet stehen die Arbeiter noch größtenteils unter sozialdemokratischem Einfluß. Man mühte nun erwarten, daß die „Schle. Bergwacht“ täglich spaltenlange Artikel über diese schamlose Ausbeutung bringen würde. Aber statt dessen haben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ein gutes Mittel gefunden, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Die Bergarbeiterführer Hoffmann, Weder, usw. erklären heute, daß die Arbeiter an-eruchsvoller sein müßten. Sie dürften nicht die minderwertigen Produkte kaufen, die weil sie wo anders nicht abgesetzt werden können, im Waldenburger Revier zum Kauf angeboten werden. Wenn die Arbeiter bessere Lebensmittel kaufen würden, so würde auch der Index für das Industriegebiet steigen. (Wahrscheinlich kann sich Herr Hoffmann diese guten Lebensmittel kaufen.) Viele Bergarbeiterführer scheinen wohl den letzten Rest ihres Verstandes verloren zu haben. Wie sollen die Arbeiter bessere Lebensmittel kaufen, wo ja ihr Geld kaum zu den notdürftigsten Lebensmitteln hinlangt?

Diese Ausführungen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsführers sind ein glatter Hohn auf die Not der Arbeiter, und kennzeichnen die Einstellung, welche diese Leute besitzen. Die Arbeiter müssen aus dem Verfall, den die Führer ihrer Lehren ziehen, aber nicht um aus den Gewerkschaften auszutreten, sondern um sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition anzuschließen, welche seit Jahren für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter kämpft. Die Arbeiterchaft wird aus ihrer Notlage die Lehre ziehen, daß es keine andere Partei, als die kommunistische Partei ist, welche in allen Wirtschaftskämpfen sich auf die Seite der Arbeiterchaft gestellt hat, und am 7. Dezember ihre Stimmen der kommunistischen Partei geben. Darum heraus aus der Passivität, hinein in den Kampf, dann wird der Sieg der nieder-schlesischen Arbeiterchaft sicher sein.

Sorgt bei der Wahl am 7. Dezember dafür, daß der Einfluß der Sozialdemokratie im nieder-schlesischen Industriegebiet genau so gebrochen wird, als wie im Ruhrgebiet und Ober-schlesien.

Aber praktisch sieht die Sache anders aus.

Theoretisch soll'n wir in 'ner Republik leben.
Theoretisch geht die Staatsgewalt vom Volke aus.
Theoretisch soll es gleiches Recht für alle geben.
Aber praktisch sieht die Sache anders aus.

Theoretisch sind des Reiches Farben schwarz-rot-gold.
Theoretisch ist Herr Bessler Herr im Haus.
Theoretisch hab'n wir niemals einen Krieg gewollt.
Aber praktisch sieht die Sache anders aus.

Theoretisch hat Herr Lindström ja den Krieg gewonnen,
Theoretisch sind wir alle fein heraus.
Theoretisch gibt es keine „nationalen“ Mordkolonnen.
Aber praktisch sieht die Sache anders aus.

Theoretisch lebt der Kronprinz Wilhelm gänzlich friedlich.
Theoretisch sind wir uns'm Hurraffimmel raus.
Theoretisch ist's in Deutschland ungemüßlich.
Aber praktisch sieht die Sache anders aus.

Praktisch ähnelt diese Republik:
Samt der Staatsgewalt versucht der Monarchie.
Deutsche Tage, Erzählungen, Militärmaske,
Hüter, Walle, Stab. — schwarze Magie.

Praktisch sind wir alle Riesenrinder,
Wann wir aus dem Dämerschlaf nicht bald erwachen.
Und dem schwarz-weiß-rotten Spiel politischer Kinder
Endlich mal ein Ende machen!

lange des Streiks die Wahrheit zu sagen, machte er mir folgende interessante Angaben:

Er hat seinen Mitgliebrern, wie auch Vertreternleuten gleich erklärt, diesen Streik in keiner Weise zu unterstützen oder sich für denselben einzusetzen, da derselbe ein Kampf zweier politischer Richtungen (gemeint ist Kapital und Arbeit), ist. Versehen kann er nicht die Haltung eines Franz und seiner Sekretäre, die ihre Mitgliebrer und Funktionäre interessierten. Doch auch seine Zeit wird kommen, wo er offen der Arbeiterchaft die Wahrheit sagen wird, was geschieht wurde. (Hört, hört! Amm. d. Red.)

Zur meinen Glanzzeit, warum er das damals nicht getan hat, erklärt der kritische Sekretär, es hätte ein Unglück gegeben. (Fortf. folgt.)

Gewerkschaft

Praktische SPD-Arbeit.

In einer kürzlich erschienenen Kritikung kam es in Württemberg am Montag, den 3. November im „Auszug“ bei der Tagesordnung hand als erster Punkt: Arbeitszeit, Arbeitslohn und Damesgutachten, bei dem der Vorsitzende Gewerkschaftsbosse Kramer (Zentral-Verband) das Referat hielt. Auch diesem letzte mal anderen Beschlusse eine Diskussion ein. Die sachlich war und unsere Standpunkt klarlegte. Anstatt verlässliche zweckmäßige Fragen ebenso sachlich beantwortet zu wissen, begann eine enorme Hege gegen die SPD, die zu keinem großen Zweck ausartete. Den größten Schaden machte der Gewerkschaftsbosse Frisch'sche (Zentral-Verb.). Dieser kleine Schmarotzer-goldene Schicht hat sich das ganze Jahr nicht leben lassen. Den hatte er sich doch einmal „ausgetrunken“ und war ertrunken am — Boden zu machen. Ein hatte sich ja auch SPD-Gänge mitgebracht die diesen Zweck verschönern hallen und zwar war er organisiert unter der Partei. Kampf gegen die SPD. Aber weit geht! Unsere Gewerkschaften erwidern diesen Unverschämtheit mit gelber, oder schwarzer. So sieht die praktische Arbeit der SPD in den Gewerkschaften aus.

Aus dem Freiburger Gewerkschaftsleben.

Der Freiburger Maschinenarbeiter haben vor einer Wohnbewegung. Sie wollen das, was ihnen in einem halben Jahr verloren gegangen ist, wiedergewinnen. Die Maschinenarbeiter haben heute in Freiburger 22 bis 10-20 Hg. Stundenlohn weniger erhalten als der Arbeiter des Schwarzwaldes, zu deren Vorteil die Freiburger angestrichen sind.

Der Freiburger Arbeiter, wenn man in einer Jubiläumsgesellschaft und der Arbeiter, von Seiten der Arbeiter und auch der Arbeiter Herr Priemer, als Antwort auf eine Frage der Arbeiter, was es ist, das alles was in dieser Zeit geschehen ist, was gemeint ist, und durchführt. Das ist die aber die Unfähigkeit der Vorsitzenden der Arbeiterchaft, Priemer, die Kollegen der Gruppe D. und die Arbeiterchaft, der der Gruppe der Arbeiterchaft, hat die mit dem ganzen Kommittee der Frage der Arbeiter-

höhung befaßt und verschiedene Male nach dem Schwarzwaldbeschrieben, um Erfahrungen einzuziehen, als auch mit der Direktion Rücksprache genommen. Das Anstehen an die Direktion wurde vom Direktor abgelehnt. Die Lohnfragen der Steinbrüder kamen auch zur Sprache, weil von den Kollegen Arbeitstunden verlangt wurden. Nun stellen sich Kollegen der Holzarbeiter einen Priemer und einen Hoffmann hin, und erklären in der Funktionärstung und der Mitgliederversammlung der Holzarbeiter, daß sie von den Metallarbeitern (lies Kommunisten) überumpelt worden sind. Wenn Kollegen und Kollegen, ihr seid nicht überumpelt worden, sondern hier ist die Unfähigkeit des Vorsitzenden Priemer festzustellen, der sich gar nicht um eure Interessen gekümmert hat, denn sonst hätte ihr Holzarbeiter genau so informiert sein müssen als die Metallarbeiter, aber der Vorsitzende der Metallarbeiter ist ja Kommunist, der hat bloß „große Freise“ und macht nichts, nur allein SPD, wo Herr Priemer zu finden ist, arbeitet zum „Wohle“ der Arbeiterchaft.

Und wie hat man sich denn um den gemahregelten Kollegen Brona gekümmert, es sollte doch fast schon möglich gewesen sein, denselben wieder in den Betrieb zu bringen, da doch nicht fünf einzelne Abteilungen voll arbeiten, sondern der ganze Holzbearbeitungsbetrieb sogar 52 1/2 Stunden.

Vor der Kriegszeit war es eine Ertrungenschaft, wenn die Kollegen Sonnabends in Freiburg um 4 Uhr aus dem Betrieb gingen, heute aber rühren Leute wie Priemer und Konforten keinen Finger, wenn Sonnabends bis 1/5 Uhr gearbeitet wird. Sind etwa hier bei Holzarbeitern die sieben Kommunisten schuld? oder ist hier nicht auch die Unfähigkeit der Organisationsleitung der Schuldige? Also bitte, SPD-Kollegen, speziell Herr Priemer, hier liegt ein reiches Betätigungsfeld um im Sinne der Arbeiterchaft zu wirken.

Betrieb und Werkstat

Die Landeshüter Zertilarbeiter von der Dollarföhne bestraft.

Bekanntlich ist auch Landeshüter von der Preissteigerung nicht verschont geblieben. Das war der Grund, die Löhne der Zertilarbeiter in großzügiger Weise aufzubessern. Die Erhöhung beträgt für den über 20 Jahre alten Arbeiter auf die 50-Stunden-Arbeitswoche 135 Mark. Davon gehen an erhöhten Beiträgen (Krankengeld, Invalidengeld, Steuern, Erwerbslosenversicherung) ab 83 Hg. Da bleiben also noch 52 Hg. Erhöhung. Da die Erhöhung der Löhne der Preissteigerung nicht gleichkommt, so bedeutet das Lohnachau. Das ist die Dollarföhne, unter welcher auch die Landeshüter Zertilarbeiter ausgebeutet werden. Ja, ja, die liebe Dollarföhne scheint überall.

Geldarbeit!

Ein im Kriege lungenkrank gewordener und lange arbeitsloser Korbmacher ging mit seinem Verbandsbuch in Knietzen betreten. Bei dem strammen SPD-Mitglied Richard Hübner, Matthiasstraße 172 traf er es gut. Derselbe nahm, obwohl selbst gewerkschaftlich organisiert, das Verbandsbuch und holte einen Sipo herbei. Heute kann der Kranke drei Tage nach Knietzen gehen und ist dann seiner elenden Lage behoben; Hübner soll nach langer Arbeitslosigkeit bei Halpinus, angeblich als Meister, arbeiten. Dann kann man seine Untergebene beglückwünschen. W. D.

Der Verband schlesischer Industriellen auf dem Kriegspsd gegen die Betriebszellen.

Der Verband schlesischer Industriellen, Ortsgruppe Zwönkau, hat an seine Mitglieder ein geheimes Zirkular verfaßt, in dem es u. a. heißt:

Beitrag kommunistische Bewegung. Wir bitten unsere Mitglieder, der wachsenden kommunistischen Bewegung die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es ist unbedingt notwendig, daß den kommunistischen Betriebszellen keine nationale Ordnungszellen entgegen gesetzt werden. Wir rufen daher an unsere Mitglieder die bringende Bitte, aussehende Wehrmachtsoffiziere, Stabheilmann sowie entlassene Beamte der Militärpolizei nach Möglichkeit unterzubringen. Die Geschäftsstelle ist bereit, die für diese Zwecke aufgestellten Listen zu überlassen. Daß für die Verberndung von abgesetzten Betriebszellen in der Schrift waren wir unseren Mitgliedern sehr zu danken verbunden.

Dieses Rundschreiben ist der beste Beweis dafür, daß die kommunistischen Betriebszellen den Unternehmern wirklich gefährlich werden. Es zeigt, daß die Unternehmer sie wie die Pest fürchten und es in nur verständlich, daß sie ihre Hoffnung auf Stahlbeton, Halbleiter und derartig korruptes Geländebau, Sache der Arbeiter wird es sein, auf diese so eingeschüchterten „Ordnungszellen“ ein wechames Auge zu haben und diesen Parteien die Spindel- und Demagoganten tätigkeit kräftigen nachdrücklich auszusetzen.

Unsere Wahlarbeit im Bezirk.

Wie sieht es mit den Vorbereitungen von unseren öffentlichen Versammlungen aus?

II.

Wir gehen sogar aufs Land zur Bearbeitung der Landarbeiter und Kleinbauern, wir machen Propaganda im Betrieb usw., aber wie? Zwar können wir uns über den Besuch unserer öffentlichen Versammlungen nicht beklagen, aber was ist das Resultat? Wo haben wir eine nennenswerte Zahl neuer Abonnenten und Parteigenossen gewonnen? Die Orte, in denen dies zutrifft, sind zu zählen. Auch hier zeigt sich, daß wir die Vorbereitungen falsch anfaßen. Es genügt nicht nur, ein paar Versammlungsplatane anzukleben. Diese bleiben meist unbeachtet. Dem gewöhnlich sind es ganz einfache Volksversammlungsplatane mit dem Inhalt „Öffentliche Volksversammlung am um Referent (ausgefüllt mit Bleistift) Arbeiter erscheint in Massen!“. Darauf reagiert natürlich niemand. Die B. ist leider nicht in der Lage, für jede Ortsgruppe besondere Plakate zu drucken. Das ist Sache der Ortsgruppen. Jede Ortsgruppe tut gut, je nach den örtlichen Verhältnissen, Plakate für Versammlungen von besonderer Bedeutung zu lassen, auch ist es gut, wenn die Genossen das Schema selbst festlegen. Man kann dann wichtige örtliche Vorkommnisse berücksichtigen. Vor allem ist darauf zu achten, daß auf den Plakaten nichts mit Bleistift ausgeschrieben werden muß, sondern der ganze Inhalt gedruckt ist.

Eine wirksame Vorbereitung ist das Verteilen von Handzetteln, aber auch nur dann, wenn der Inhalt so gehalten ist, daß jeder, der einen Handzettel bekommt, ihn liest. Eine bildliche Charakterisierung aus dem Inhalt des Themas wird jeden veranlassen, den Zettel zu lesen.

Herumtragen von Transparenten oder sensationell ausgemachten Plakaten ist ein sehr gutes Propagandamittel, es muß aber immer darauf geachtet werden, keine trockenen Inschriften auf die Plakate oder Transparente zu schreiben, die nur auf die Versammlung hinweisen. Zum Herumtragen stellt man eine größere Zahl von Kinder, Erwerbslosen oder Radfahrern zu einer Kolonne zusammen, welche, einer hinter dem anderen, durch die Straßen marschieren oder sich vor den Betrieben postieren. Wenn man Kinder verwendet, kann man folgende Inschrift benutzen: „Wir hungern! Unsere Eltern gehen heute abend in die öffentliche Versammlung der SPD, nur sie zeigt den richtigen Weg zur Verbesserung unserer Lage.“ Bei einigem Nachdenken wird man noch eine ganze Reihe solcher Inschriften zusammenstellen können. Man kann in einem Zeitungsartikel nicht so ausführlich schreiben, wie es eigentlich erforderlich ist. Darum müssen die Genossen selbst etwas nachdenken.

III.

Zur Landpropaganda, Finanzierung der Wahlarbeit und unserer Arbeit in den Betrieben muß ebenfalls noch einiges gesagt werden. Viel zu wenig wird die Bearbeitung der kleineren Orte, vor allem der Landorte beachtet, auch hier beschränkt man sich meistens nur auf das Abhalten von Versammlungen, die zum Teil auch noch sehr schlecht vorbereitet sind. Jede Ortsgruppe hat die Aufgabe, in der wir keine Organisation haben, zu bearbeiten. Es ist eine besondere Kolonne für Landpropaganda zusammenzustellen (am geeignetsten dazu ist die Jugend und Radfahrer), diese Kolonne muß sich mit Material, Plakaten, Flugblättern, Transparenten usw. bewaffnen und zieht dann in einen bestimmten Ort, ein Teil der Kolonne verteilt dort die Flugblätter, der andere Teil hebt Plakate und die Radfahrer fahren mit den Transparenten oder Plakaten durch die Straßen. Ein paar andere Genossen betreiben mündliche Propaganda, diese Genossen haben die Aufgabe, Material über die Lebensweise der Arbeiter zu sammeln, überhaupt über die örtlichen Verhältnisse. Das gesammelte Material wird dann der Ortsleitung übermittelt, diese stellt es zusammen und übergibt eine Abschrift den Referenten, welche an einem anderen Tage in einer Versammlung in diesem oder dem Nachbarort sprechen. Ein weitere Abschrift ist an die B. u. zu schicken. Ein anderer Genosse muß versuchen für ein oder zwei Tage einen Saal für eine Versammlung festzumachen. Wo kein Saal zu bekommen ist, muß man Besprechungen mit den Arbeitern oder Kleinbauern vereinbaren, die in einer Privatwohnung abgehalten werden können. Sind all diese Arbeiten erledigt, trägt sich die ganze Kolonne im Zentralpunkt des Ortes und mit Gelano verläßt sie geordnet denselben.

Das ist alles sehr gut und schön, was ihr sagen, aber das kostet alles Geld, woher nehmen und nicht stehlen. Sammeln! Die Arbeiter haben selbst nichts, stimmt. Habt ihr aber schon einmal bei den Geschäftslenten gesammelt? Geht den Genossinnen, wenn sie einkaufen gehen, eine Liste mit, sie müssen, nachdem sie ihren Einkauf erledigt haben, dem Geschäftsmann die Liste präsentieren, er wird gewiß nicht nein sagen. Aber auch dort, wo man nicht kauft, muß man sammeln gehen. Die Betriebe darf man, trotz der schlechten Lage der Arbeiter, nicht außer acht lassen. An jedem Tagtag müssen unsere Genossen sammeln. Die wichtigste Arbeit ist im Betriebe zu machen, nur scheinen die Genossen das noch immer nicht erkannt zu haben. Was haben unter: Zellen bisher praktisch im Wahlkampf getan, sehr wenig. Im Material, als Grundlage zur Arbeit fehlt es bestimmt nicht. Welche Zellenversammlung hat sich schon einmal mit der Sammlung von Material befaßt? Gewiß keine. Gerade im Betrieb gibt es sehr viel Material über die Arbeit die Behandlung der Arbeiter, über das Arbeitsverhältnis usw. Dieses Material muß von dazu bestimmten Genossen gesammelt und zusammengefaßt werden. Das Material muß der Presse und den Referenten zugestellt werden, vor allem muß es in den Zellenzeitungen, welche während der Wahl alle drei Tage herauszugeben sind, vermerkt werden, auch in von uns oder den Bezirksräten einberufenen Betriebsversammlungen muß das Material behandelt werden. Ebenso darf die Amnestie-Kampagne nicht vergessen werden. Keine Zellenzeitung darf erscheinen ohne die Forderung: „Heraus mit den politischen Gefangenen.“ In jeder Versammlung müssen Resolutionen diesbezüglich behandelt und zur Abstimmung gebracht werden.

Die Vorbereitungen der Betriebsversammlungen müssen gründlich und bedacht geschehen. Außer Verteilung von Handzetteln muß in der Zellenzeitung darauf aufmerksam gemacht werden. Die Genossinnen, welche nicht im Betriebe stehen, müssen vor Beginn der Arbeit den Mittagstunden und nach Schluß der Arbeit mit Plakaten welche Bezug nehmen auf die Versammlungen, vor den Betriebsausgängen stehen. Eine gute Vorbereitung wird immer einen guten Erfolg haben.

Genossen! An die Arbeit!

Der Kampf um die Mandate.

In den Wahlversammlungen unserer Gegner werden die überflüssigen Pläne, die größten Gemeinheiten verabschiedet, um die Arbeiter von den Kommunisten abzubringen. Wir greifen aus der Fülle des uns täglich zugehenden Materials einige Versammlungen heraus, um unseren Lesern zu zeigen, mit welchen Mitteln gearbeitet wird.

Alsbau. In der letzten SPD-Versammlung sprach hier die Schulrätin Dr. Wegl. Heider. Ihr Referat war so schlecht, daß selbst die eigenen SPD-Mitglieder über diese Referentin entsetzt waren. Sie konnte weiter nichts, als tüchtig auf die Kommunisten zu schimpfen, nannte sie Lumpen usw., welches ihr selbst die eigenen Parteigenossen übel nahmen. Sie behauptete, daß die Sozialdemokraten die einzig Deutsch-nationalen seien. Die SPD müsse für ein Großdeutschland eintreten u. a. In der Diskussion wollte man unseren Genossen Velle nur zehn Minuten Redezeit gewähren. Doch den fesselnden Ausführungen unseres Genossen konnte sich nicht einmal der Vorsitzende entziehen, denn er und die Versammlungsbesucher hinderten ihn nicht, weiter zu sprechen. Als nach 20 Minuten die Referentin sah, daß die Besucher bereits in den Mann des kommunistischen Diskussionsredners waren, nahm sie plötzlich das Schlußwort, daß ihr der Vorsitzende dann schweren Herzens gab. Durch die nun auf sie niederbrassenden Mißentruße wurde sie ganz aus dem Konzept gebracht, so daß sie sich zuletzt nicht anders zu helfen wußte, als höflich nach der Polizei (Reichsbahnanstalt) zu schreiben. Es half ihr aber nichts. Die Versammlung endete mit einem Erfolg der Kommunisten.

Bunzlau. Während unsere Versammlung hier sehr gut besucht war, mußte die SPD sich mit einer sehr schlecht besuchten Versammlung begnügen. Hier wagte es der Referent nicht, auf die Kommunisten zu schimpfen. Dafür verteilte man aber ein Flugblatt, in dem die Kommunisten sogar für die Niederlage der englischen MacDonald-Regierung verantwortlich gemacht wurden.

Stabelwitz. Die Deutschnationalen erlebten hier mit ihrer letzten Versammlung ein glänzendes Fiasko. Schon in seinen Ausführungen wurde der Referent von den anwesenden Arbeitern unterbrochen. Als dann in der Diskussion nach den scharfen Entgegnungen unseres Genossen Falkner ein anderer Deutschnationaler für ein neues Völkermorden propagandiert, mußte er schleunigst abtreten.

Seitendorf. Hier wollte die Deutsche Volkspartei (Stinnesvereinigung) festen Fuß fassen. Ganze drei Mann waren erschienen. Diese Jungen behaupten, auch die Waren nur anwesend, weil ihnen etwas Materielles versprochen wurde.

Unsere Versammlungen aber sind dort, wo unsere Genossen gut propagiert haben, stets glänzend besucht. Die Ar-

beiterhallen 800 Mark Defizit zu verzeichnen hatte, wurde mit Stimmengleichheit die Entlassung abgelehnt. Wenn dann gesagt wird, daß schon wieder ein Arbeiter von 440 Mark bei einem Abnahmevertrag von 110 Mitgliedern zu verzeichnen sei, zeigt, daß jedes Mitglied seine Waren viel zu teuer erworben hat. Der Konsum soll hoch verblüffend wirken, wenn trotzdem 4,40 Mark pro Mitglied in drei Monaten herausgeschunden wurde, muß etwas faul im Staats-Büchlein sein. Und dann schreibt man, daß jetzt nur solche Genossen gewählt wurden, die solche Schweinereien und Betrügereien decken wollen. Beweist: Abstimmung im Ausschüsse, 6:6 Stimmen. Wie wurde nun gewählt? Am Vorstandstisch sah ein Ortel, der sich nicht zu helfen wußte. Von Mitgliedern, die mit der Frau anwesend waren, wurde abgestimmt. Man mußte doch meinen, daß nur das Mitgliedsbuch legitimiert und daraus nur die Stimme abgegeben werden kann. Hier war es anders. Wer sich weiter um sein Geld bringen lassen will, wo die Mitglieder im Lager 4, der wähle am 7. Dezember SPD. Wer aber wissen will, was mit seinen Geldern geschieht, wähle KPD.

Der problematische Dr. Hamburger. Die letzte sächsische SPD-Versammlung war ein vollkommenes Fiasko für diese Partei. Was hier von dem „Mutter-“ Arbeiter Dr. Hamburger-Breslau verabschiedet und den Wählern versprochen wurde, das ging auf keine Kuhhaut. Dieser Herr sprach über Arbeitszeit usw. in einer Art, die bewies, daß er noch nie gearbeitet hatte.

Landeshut. Der bezahlte SPD-Sekretär Scheuf die Wahrheit wie der Maulwurf das Licht der Sonne. Die am 13. November hier stattgefundenen öffentlichen Volksversammlungen dürften manchem bewiesen haben, wie Vorurteile gewisser, an Ortelwahn leidender Personen in der Nicht-Zertrümmen. Der Kommunismus stirbt, behaupten sie. Aber daß sie dem Sterbenden den Todesstoß zu versetzen gewillt wären, davon hat keiner der Versammlungsbesucher etwas gemerkt. Der Herrliche von allen, der Spiegelschleifer, zieht es vor, lieber bei Müttern zu bleiben, als die Politik seiner Partei und die Quasifreude (genannt Parlament) zu verteidigen. Gelegenheit dazu hätte er gehabt. Ausgesprochen verstand es Genosse Hamann die „Anstrengungen“ der SPD im Parlament klarzulegen. Aber ein Hamann ist kein Hergt und die Besucher einer kommunistischen Versammlung sind keine Interessenten des Deutschlandliedes, den Besuchern weiß zu machen, daß Sozialdemokraten keine vaterlandlosen Wesen sind, daß sie ebenso mitgeholfen haben im Interesse des Geldes, Millionen Arbeiter hinzuschlagen, hat er nicht nötig zu sagen. Also, was sollte er? Wer von den anwesenden Reichsbannerleuten, die für diese Republik zu sterben gewillt sind, hätte man doch erwartet, daß sie wenigstens von ihren

In der schwarz-rot-goldenen Republik verzehren in einer Woche:

4 Geidenpfeiler des Grafen von Wedell / 7 Pfund Rindfleisch

Eine 5 köpfige schlesische Webersfamilie / 1 Pfund Pferdefleisch

Wer für diese schwarz-rot-goldene Republik ist — wählt am 7. Dezember SPD.

Wer für den Arbeiterstaat ist — wählt die Kommunistische Partei!

better sehen ein, daß es nicht nur genügt, einen Stimmzettel abzugeben, wenn es ihnen besser gehen soll, sondern daß sie selbst für bessere Zustände kämpfen müssen. Bürgerliche Parlamente bringen keinem Beschloßen Befreiung aus dem Elend. In unsere Versammlungen wagen sich auch jetzt unsere so „tapferen“ Gegner hervor. In Sandberg versuchte unserem Reichstagsabgeordneten Schroer ein SPD-Berichterstatter entgegenzutreten. Bevor aber noch unser Genosse das Schlußwort bekommen konnte, war er schon verschunden. Er fürchtete sich vor der moralischen Prügel.

Darum stimmen am 7. Dezember die Unterdrückten für die Kommunisten!

Safenkreuzversammlung in Zellhammer. Am letzten Sonntag sollte in unserem Orte eine Versammlung der National-Sozialisten stattfinden. Nachdem man eine Stunde auf den Zustrom der Massen gewartet hatte, mußte man sich in die Räume der Gaststube zurückziehen. Von dem Duzend anwesenden Besuchern gehörte der größere Teil dem Reichsbanner an. Ob sie zum Schutz dieser Versammlung anwesend waren, entzieht sich unserer Kenntnis. Das Tragische der ganzen Sache war, daß die Zellhammer Ordnungshüter in Stärke von zwei Polizisten zum Schutz gegen die Kommunisten aufmarschierten. Der Referent zog es vor, in Anbetracht des schlechten Besuches, Zellhammer will von dieser Sorte Volksabgeordneter nichts wissen.

Gebertug spricht nur weit ab vom Schuß.

Der preussische Innenminister, seines Zeichens Sozialdemokrat (der im preussischen Kabinett ebenfalls dafür stimmte, daß für Säuglinge 100 000 Mk. und für den Kempfort 23 Millionen zur Verfügung gestellt wird), sprach dieser Tage in Plegnitz und Briesg. Beides sind Städte, wo es nicht viel Arbeiter, dafür aber um so mehr Kleinbürger gibt. Dort füßte sich Herr Gebertug wohl, dort spricht er gern. Aber nach dem Industriegebiet Waldenburg oder nach Breslau wagt er sich nicht hin. Dort könnten ihm ja die hungernden Arbeiter fragen: Wo ist denn die Republik? Wo ist der Rechtsstaat? Wo sind die Rechte der Arbeiter? Blaue Bohnen sind Gebertugs Antwort!

Semagogisch erzählte er in der Plegnitzer Versammlung, 60 Prozent der Staatsbeamten sind deutsch-national. Durch welchen Scheiß? Durch die Republikaner selbst. Sie ließen es zu, daß in ihrer Republik Republikaner abgebaut werden. Sozialdemokraten sind stets feige vor der Reaktion zurückgewichen. Sehr bekommen sie den Fußtritt. Und nach dem 7. Dezember werde Gebertug und Kumpare im großen Bogen aus der Regierung herausklotzen!

Freiburg. Die Hauptversammlung des Konsums für Freiburg wäre dann gut besucht, wenn die Mitglieder mit Gefährd und Kaffee, Zigarren, Zigaretten und Bier bewirtet. Wenn man aber in der „Bergwacht“ den ungeheuren Erfolg der SPD und den Rückzug der Kommunisten sieht, dann muß sich doch jeder fragen, warum das alles? Nun, hier haben die Kommunisten die Autosparen und Kinderkompetenzen benahmt, um die Schweinereien, die im Lager 4 in Polknitz passiert sind, anzupökeln. Dem in einer Ausschlußsituation, wo man Stellung dazu genommen hatte, daß der

geistigen Waffen Gebrauch machen würden. Aber weit gefehlt. Entweder waren sie zu stumm, oder es ist mit ihrem Schwur zur Sch. -Republik nicht weit her. Wir vermuten, daß, da sie schon vor acht Tagen zur Hergt-Versammlung gegen den Befehl ihrer Führer Windjade und Bananenmübe im Schrank hängen ließen und anstatt 60 Mann, nur 20 Mann erschienen waren um Herrn Schillers' Geistesprodukten Verkauf zu beschaffen, dieses Mal noch größere Angst hatten. Die am Schluß der Versammlung herankatete Sammlung für die Rote Hilfe ergab 16,30 Mk.

Die Proleten Nieder-Salzbrunn werden mit einem Weihnachtsgeschenk (!) bedacht!

Die letzte vom stellvertretenden Gemeindevorsteher, Direktor Sädler einberufene Gemeindevorstellung, welche von der Arbeiterchaft sehr gut besucht war, zeigte gleich bei dem ersten Punkte die Geldradretreter in ihrer wahren Frage. Es sind im Ort 24000 Mt. ungedeckte Ausgaben, die durch verschiedene Steuern aufgebracht werden sollten. Von Arbeitern wurde beantragt, die Lohnsummen- und Gewerbesteuer dementsprechend zu erhöhen, was natürlich bei dem Kaufmann Geisler und den anderen Geldadpatrioten eine große Enttäuschung hervorrief. Kaufmann Geisler erklärte, daß der Antrag undurchführbar sei. Direktor Sädler erklärte im Auftrag des Vorstandsindustriellen Ohme, daß er es als „Arbeiter“ der Firma Ohme nicht verantworten kann, wenn die Industrie noch mehr belastet wird. Herr Ohme sei sowie schon ruiniert. Sädler sagte daselbe schon vor einigen Jahren. Erprobem haben Ohme und seine Gesellschaft die letzten Jahre hindurch gelebt. Der christliche Herr Erzpriester Herde und der von den Arbeitergroßen lebende Kaufmann Geisler machten dann den Vorschlag,

die Steuern auf die breite Masse umzulegen in der Form von einer hundertprozentigen Erhöhung der Hausanssteuer und einer fünfzigprozentigen Erhöhung der Grundbesitzsteuer. Sie hatten auch schon die Rechnung fertig, was das bei einer Arbeiterfamilie ausmacht. Ihrer duffen Rechnung nach machten es bloß 60 Pf. (!) den Monat aus. Sie hatten gewiß gedacht, die Arbeiter sind auf den Kopf gefallen und glauben jedes Maßchen. Bei einer nochmaligen Rechnung stellte es sich heraus, daß die Belastung bis zwei Mark beträgt und dies vom 1. Juni, also 14 Mark, nachzuzahlen. So sieht die „Weihnachtsüberzahlung“ aus, welche den hungernden Proletariern vorgeschlagen werden sollte. Die christlichen Herren scheinen zu glauben, daß ein Arbeiter bei den ohnehin miserablen Löhnen auch diese neue Belastung ruhig schlucken werden. Der SPD war das vor der Wahl doch zu harter Sabat. Sie erklärten, daß sie die Verhandlungen nicht weiter mitmachen können und verließen die Sitzung. Somit wurde die Sitzung beschlußlos, was bei den ehrenwerten Bürgern“ erstaunte Gesicht hervorrief.

Arbeiter von Nieder-Salzbrunn, werst eure lauerwerbenden Großen nicht mehr dem „Hebepollen“ Kaufmann Geisler in den Rachen trägt. Über Geld lieber in den Konsum, das ist Euer eigenes Institut. Euch Arbeitern ruhen wir zu: Macht Schluß mit diesen „Dreimarckhandkäten“, welche sich am 4. Mal von den alten Seuten ihr Mandate für drei Mark erkaufen hatten und wählt am 7. Dezember die Liste der Kommunistischen Partei!

Breslau

35 Selbstmorde.

Die Breslauer Polizei veröffentlicht über den Monat Oktober eine Statistik, die ein geradezu erschütterndes Bild auf die katastrophalen Zustände in breiten Bevölkerungsschichten wirft. Kalt und knapp, als wenn es sich um die Registrierung einer Ordnungstrafe handelt, meldet der Polizeibericht:

„In Breslau fanden im Monat Oktober 35 Personen den freiwilligen Tod. Drei erhängten sich, vier vergifteten sich mit Veronal, fünf gingen ins Wasser, acht Personen brachen den Gasahn auf, und zwölf schossen sich eine Kugel in den Kopf. Ein Selbstmörder endete auf dem Eisenbahnschienen und zwei setzten ihrem Leben absichtlich durch unmaßigen Alkoholgenuß ein Ende. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich bei den Lebensmüden um ältere Leute bürgerlichen Geschlechts, die entweder aus wirtschaftlicher Not oder Familienzwängen halber ihr Leben vor sich warfen. Selbstmordversuche wurden von sechs Personen unternommen. Durch Selbstschlag wurde im vergangenen Monat eine Person getötet, infolge einer Operation zum Zwecke der Abtreibung starben zwei und bei Unglücksfällen kamen sechzehn Personen ums Leben.“

35 Menschen begingen Selbstmord, weil, nun der Polizeibericht sagt es ja ebenfalls, die wirtschaftliche Not sie in der Mehrzahl dazu getrieben hat. Welche Verzweiflungssituationen, welches Jammer, welches Elend muß ein großer Teil dieser Selbstmörder durchgemacht haben, bevor sie in dieser unglücklichen Statistik als „ein Fall“ bezeichnet werden. Welches Ormuz, welches verschärftes Elend brachten diese aus Verzweiflung aus dem Leben geschiedenen ihren Angehörigen. Muß das sein? Müßten monatlich Tausende in ganz Deutschland aus wirtschaftlichen Ursachen, weil sie oder ihre Familie nicht das Auskommen haben, von selbst auf den Kirchhof auswandern? Nein und abermals nein! Bist eine andere Gesellschaftsordnung, in der es nicht mehr passieren kann, daß sich Menschen aus wirtschaftlichen Ursachen das Leben nehmen.

Trotzdem, nächsten Monat meldet die Polizei wieder eine ansehnliche Anzahl Selbstmörder. Anstatt einzusehen, daß sie selbst für eine andere bessere Ordnung kämpfen müssen, glauben sie sich nur durch Selbsttötung retten zu können.

35 Menschen begingen Selbstmord! Soll das so bleiben?

Radio, Radio und kein Ende.

Es ist der Fluch unseres kapitalistischen Zeitalters, daß alle Erfindungen und Erfindungen nicht den Zweck haben, der Menschheit zu dienen, sondern nur des Gewinns und des Schatzens wegen erprobt und verwertet werden. Eine der wunderbarsten Erfindungen der Gegenwart ist zweifellos das Radio. Es ist zweifellos etwas Großartiges, daß es ohne besondere Apparate möglich ist, sich Tausende von Kilometer zu verständigen, daß es möglich ist, Tausende den Genuss

der Musik zu übermitteln, die sonst wenig Gelegenheit haben, ins Theater zu gehen, oder sich ein gutes Konzert anzuhören. Aber wir sehen gerade am Programm aller Radiostationen, daß die Bourgeoisie diese Erfindung raffiniert ausnützt, um ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten. Neben der Kirche und der Schule, dem Theater und dem Kino dient diesem Zwecke das Radio. Nur das die Wirksamkeit ist viel größer als bei diesen Vermittlungsorganen. Es ist möglich, täglich zu 25.000 Menschen zu sprechen und bei ihnen widerspruchslos bürgerliche Ideen zu propagieren. In einer Versammlung ist es möglich, in der Aussprache wenigstens den schmalen reaktionären Ansichten die Zähne auszureißen, im Radio herrscht unumschränkt Herr Bettauer. Besonders reaktionär ist die Schließliche Funkstunde, in deren Aufklärer der sozialdemokratische Oberpräsident Zimmer, wahrscheinlich nur aus reinem Idealismus Mitglied ist. Wir setzen ganz davon ab, daß jeden Abend das Deutschlandlied gespielt wird, das nur vom Fridericus-Ker-Marsch abgelöst wird. Der „künstlerische“ Beitrag Herr Bettauer, bitte Frh. Ernst Bettauer, scheint wirklich zu glauben, daß alle 25.000 Hörer böhlig verkehrt sind. Alle Vorträge werden nur vom beschränkten bürgerlichen Standpunkt aus gehalten. Wirklich es nicht wie eine Provokation, wenn die Vorsitzende der schließlichen Hausfrauenvereine den Frauen gute Ratsschläge gibt, wie durch gemeinsame Tätigkeit die Frauen sich billig Obst und Konerven kaufen können und gemeinsam sich billige die Wäsche waschen können. Das ist im proletarischen Rußland, aber nicht im kapitalistischen Deutschland möglich. Vielleicht werden die Frauen der Geheimräte und der höheren Beamten, die Frauen der Fabrikanten und der Börsenspekulanten, mit den Arbeiterfrauen gemeinsam Wäsche waschen. Neulich hielt ein Pfaffe einen Vortrag über Massensuggestion bei den Völkern. Nach Ansicht dieses Pfaffen ist nicht der Sozialismus, sondern der Bolschewismus eine Geisteskrankheit, das einzig Positive ist der Glaube an Gott. Aber am reaktionärsten ist das Radioprogramm für die Kinder.

Alle die alten idiotischen Mährchen von den guten Tugenden und frommen Mädchen, die so betularn sind und denen es so schlecht geht und die doch so fleißig und geduldig Tag und Nacht arbeiten und die bei all dem Elend so schön und so stark werden und dann zur Belohnung von einem schönen, reinen und guten Königssohn erlöst werden, müssen sich die Kinder jeden Sonntag anhören. Es ist wohl überflüssig darauf hinzuweisen, daß die täglichen neuesten Pressenberichte eine großartige Propaganda der bürgerlichen Parteien bedeuten. Heute Sonntag Abend gab der amerikanische Botschafter der Hoffnung durch das Radio Ausdruck, daß der Kommunismus in Deutschland bald tot sein wird. Die SPD hat soviel Freunde, daß sie alle gar nicht kennt. Im übrigen empfehlen wir Herrn Bettauer, wenn er wegen des Programms wieder einmal in Verlegenheit ist, Herrn Rößke über das Thema ein Gott, ein Volk und ein Vaterland sprechen zu lassen. In das Milieu der Klassen, deutsch-nationalen Vortragskünstler und bürgerlicher Professoren paßt Herr Rößke ausgezeichnet. Es ist unglücklich, zu was für Zwecken das Radio benutzt wird, wenn der Oberpräsident und Aufklärer Zimmer Geburtstag hat, so gratuliert ihm durch das Radio Herr Bettauer im Namen der 25.000 Hörer. Während des Buchdruckerstreiks betätigte sich die Schließliche Funkstunde als Streikbrecherorganisation. Die billigen Bezugsquellen von Schuhen und Mänteln wurden durch Radio bekanntgemacht.

Die meisten der 25.000 Hörer sind Proletarier. Es ist unbedingt nötig, daß diese schärfsten Protest gegen die reaktionäre Tätigkeit des Radio erheben und Herrn Bettauer deutlich erklären, daß sie nicht gewillt sind, sich jeden Abend im derart probierendes Programm anzuhören. S. S.

Böhmisch-sozialdemokratische Einheitsfragen.

Die Breslauer Stadtkommissionen hatten sich gestern mit verschiedenen kommunistischen Anträgen zu befassen. Alle Anträge wurden abgelehnt, nur unser Antrag auf Gewährung eines Freibades (alle 14 Tage) für Erwerbslose im Hallenschwimmbad wurde mit knapper Mehrheit angenommen. Die sozialdemokratisch-böhmische Einheitsfront bewilligte den Studenten zur „Studentennot“ 10.000 Mark. — Die Kommunisten lehnten die Bewilligung ab, bevor das noch größere Elend der Erwerbslosen nicht gemildert ist.

Die nächste Ortsleitungssitzung findet nicht Montag sondern bereits Sonnabend, pünktlich 7.30 Uhr, statt. Alle Bezirksführer müssen unbedingt zur Stelle sein.

Unter rotem Banner. Fünf Jahre kommunistische Jugendinternationale, heißt die Bilderzeitung, die anlässlich des Jahrestages der KJZ vom Verlag der Jugendinternationale herausgegeben wurde. Die reich illustrierte Zeitung umfaßt 16 Seiten und kostet 20 Pf.

Verantwortlich für den genannten Text: Rudolf Belle, Breslau; Inserate: Artur Müller, Breslau. — Verlag: Schließliche Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Neudruck-Verlag, Druckereifabrik Breslau.

Achtung, Genossen!

Unterbezirk Waldenburg.

In der Woche vom 17. November bis 23. November finden nachstehende

öffentliche Versammlungen statt.

Ober-Waldenburg: Freitag, den 21. Nov. abends 7 Uhr im „Jupiter“. Referent: Landtagskandidat Schulz.

Altwasser: Sonnabend, 22. November, abends 7 Uhr im „Weißen Ross“. Referent: Landtagskandidat Schulz.

Steinfeldersdorf: Sonnabend, 22. November. Referent: Kintischer, Landtagskandidat.

Bangenberg: Sonntag früh, näheres siehe Plakate. Referent: Landtagskandidat Schulz.

Brenberg: Kr. Zauer: Sonntag, Referent: Kintischer, Landtagskandidat.

Reußenhof: Sonntag, abends, den 23. November. Referent: Landtagskandidat Schulz.

Genossen, sorgt für gute Organisation der Versammlungen. Die Kreisleitung Waldenburg.

Schuhhaus Obr

BRESLAU II
Herdainstraße 25
Telefon: Olm Nr. 625

Spezialhaus für feines, gediegenes

Schuhwerk Sportschuhe

in hervorragender Ausführung
Aufmerksamste Bedienung! Größte Auswahl!

Schauspielhaus

Opern- und Schauspielhaus
Tel. Ring 2545

Täglich 8 Uhr:
Der große
Festspielerfolg:
„Der
Gampelmann“

Arbeitsmittel

Arbeitsmittel
eigene Fabrikation zu Fabrikpreisen bei
Ucko
Leisenerstraße 8
Barreter dieses 5% Rabatt.

Berichtungsstempel

Breslau, Leisenerstraße 10, Sonntag, den 21. November, abends 7.30 Uhr, im Sozialen Saal, Leisenerstraße 10, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in Deutschland“. Der Vortragende: Herr Dr. A. Sauer. Beginn 7.30 Uhr. Eintritt frei. Der Vortragende: Herr Dr. A. Sauer. Beginn 7.30 Uhr. Eintritt frei. Der Vortragende: Herr Dr. A. Sauer. Beginn 7.30 Uhr. Eintritt frei.

Kommunistische Kindergruppe

Die kommunistische Kindergruppe im Sozialen Saal, Leisenerstraße 10, Sonntag, den 21. November, abends 7.30 Uhr. Beginn 7.30 Uhr. Eintritt frei.

Wimbrand

Wimbrand
Sonnabend-Nummer
Mo. 3.10
Di. 3.10
Mi. 3.10

Carl Lorenz

Carl Lorenz
Leisenerstraße 21.

Amtl. Bekanntmachungen von Dittersbach.

Wasserrechts-Sicherstellung.
Die Stadtgemeinde Waldenburg hat den Antrag auf Eintragung folgender Rechte in das Wasserbuch gestellt:

1. Das Recht, das Wasser des Jagzflusses auch an dem oberhalb des Bahnhofs Dittersbach gelegenen, der Reichsbahnverwaltung gehörenden Pumpwerk zu stauen;
 2. das Recht, das Wasser des Jagzflusses auch an dem oberhalb des Bahnhofs Dittersbach gelegenen, der Reichsbahnverwaltung gehörenden Pumpwerk, in seinem vollen Umfange zu ge- und verdrängen.
- Gemäß § 188 des Wassergesetzes vom 7. April 1913 wird dieser Antrag mit dem Bemerkung zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß Widerspruch gegen die Eintragung bei dem Unterzeichnenden und bei der Wasserbehörde schriftlich in zweifacher Ausfertigung oder mündlich zu Protokoll anzubringen sind.
- Die Zeit zur Erhebung von Widersprüchen und zur Anmeldung von Einsprüchen läuft bis einschließlich 13. Dezember 1924.
- Diejenigen, die innerhalb dieser Zeit keinen Widerspruch gegen die Eintragung der beantragten Rechte erheben, werden hierdurch mit der Vermutung darauf aufmerksam gemacht, daß nach Ablauf der Zeit die Eintragung der Rechte mit der Wirkung erfolgen wird, daß sie ihnen gegenüber bis zum Beweise des Gegenteils als richtig gilt, insofern sie nicht mit dem Grundbuch im Widerspruch steht.
- Die Akten und Zeichnungen liegen während der Eintragsfrist im Zimmer Nr. 10 des hiesigen Amtshauses während den Dienststunden zur Einsicht aus.
- Die rechtzeitig geltend gemachten Widersprüche usw. werden in einem noch später anzubehandelnden Termine an Ort und Stelle mündlich erörtert. Die Entscheidung wird auch im Falle des Ausbleibens eines Beteiligten stattfinden.
- Dittersbach, den 17. November 1924.
Der Amtsvorsteher-Stellvertreter:
E. Bergmann.

Amtl. Bekanntmachung von Nieder-Hermsdorf.

Auf Grund der bestehenden Polizeiverordnung vom 1. 11. 1922 über das Weidewesen ist jede in der hiesigen Gemeinde zur, ab- und anzugehende Person verpflichtet, bis innerhalb 8 Tagen vor, ab- oder anzugehen. Diese Verpflichtung ist jedoch in letzter Zeit vielfach vernachlässigt worden.

Zur Vermeidung von Bestrafung liegt es im Interesse jedes Einzelnen, die unterliegenden Weidungen so ordnungsgemäß zu erledigen, wie es durch die Bestimmungen der Polizeiverordnung für die hiesige Gemeinde Weidungsberechtigten zu ersehen ist.

Nieder-Hermsdorf, 22. Okt. 1924.
Der Amtsvorsteher.

Amtl. Bekanntmachung von Neu-Salzbrunn.

An Stelle des bisherigen Schiedsmann Herrn Martin hat der neu gewählte Schiedsmann Herr Leppert H. Wöhe ab 15. d. Mts. dieses Amt übernommen und stellt seine Sprengstunden nur jeden Dienstag, nachmittags von 4 bis 5 Uhr im hiesigen Gemeindebüro ab.

Neu-Salzbrunn, 17. November 1924.
Der Gemeindevorsteher:
E. Michaelis.

Amtl. Bekanntmachung von Rieder-Hermsdorf.

Zur Vermeidung von Bestrafung liegt es im Interesse jedes Einzelnen, die unterliegenden Weidungen so ordnungsgemäß zu erledigen, wie es durch die Bestimmungen der Polizeiverordnung für die hiesige Gemeinde Weidungsberechtigten zu ersehen ist.

Nieder-Hermsdorf, 22. Okt. 1924.
Der Amtsvorsteher.

Lebensmittelangebot!

Durch günstigen Einkauf und um den Hausfrauen in der schweren Zeit sich ihr Brot zu erleichtern, bin ich in der Lage, hauptsächlich Güternachschub bei geringem Nutzen abzugeben, und offeriere heute:

Vollkorn in Treislagen von 30, 28, 26 und	20 Pfg. per Pfund
Vollkorn 2. Erbsen und weiße Bohne, gut sortiert	24
Linsen, neuester Ernte von 56, 40 und	28
Gruppen in großer Auswahl 22 und	20
Eierschmalz in 40 und 40 und	30
Margarine Marke 42, Brunsware	38
Schokolade Borden, Linsen mit Kokoswolle, 1 kg-Doze	100 Pfg.
Schokolade 000 18, 24, 30 und	21 Pfg. per Pfund
Zucker p. Pfund 50 Pfg. u. weiter ich ausdrücklich auf beste Schneeweiße Raffinade hin.	
Kakao, beste Marke von 55, 50 und	20 Pfg. per 1/2 Pfund
Flaschenmasse, beste holländische	40 Pfg. per
heringe, feinste Schoten 2 Stück	15
amerikanischer Feil, bei c. Qualität	88
Fischer Räucherfleisch, beste Marke 1, 10 Pf.	
Cosolotti, in 1- und 2-Pf. Packung	70 Pfg.
Margarine von	58 Pfg. per Pfund am
Molkereibutter, frisch	2.10 Pf. per Pfund
Tüster Fettkäse	25 Pfg. per 1/2
Schweizer Voltarett, im Aufschnitt	50
Rotwein, 1/2 Liter-Gläse mit Siegel	1.40 Pf.

Weihnachtsartikel, wie Schokoladenberge, Bestäuben, Nüsse, Baumzweige und Fischchen, wozu Sie bitte meine Spezialofferte ab.

Albert Stosch

Breslau 10
Herzogstraße 36
Tel. Ring 3882.

Bis 25. ten
November muß das
Postabonnement auf die
„Schlesische Arbeiter-Zeitung“
erneuert werden.

Bestellzettel.

Unterschiedener bestellt hiermit für Monat November 1924 bei der Postanstalt in
Exemplare der Zeitung
„Schlesische Arbeiter-Zeitung“
zum Preise von monatlich 2.25 RM. zur Lieferung ins Haus
Name
Stand

Wo in der
Schlesischen Arbeiter-Zeitung

Aschner